

Fragen

für die Fragestunde der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 29. November 1978

am Donnerstag, dem 30. November 1978

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	17, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	17, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	7, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	8, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	13, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	2, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	16, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	16, 33 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, die Verletzung der rechtlich unverbindlichen OECD-Richtlinien über multinationale Konzerne strafrechtlich verfolgen zu lassen?
2. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, die Unternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland — ähnlich der in den USA geltenden Regelung — unter Strafandrohung zu verpflichten, zumindest jede Art von Bestechung weltweit zu unterlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Was wird die Bundesregierung unternehmen, um weitere Störungen des ökologischen Gleichgewichts zu verhindern, die schon heute durch das Aussterben ganzer Vogelarten infolge des Einsatzes von Pestiziden und von polychlorierten Biphenylen entstanden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

4. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß der Bundeskanzler über den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Franke, sich verärgert gezeigt habe, da dieser überraschend Maßnahmen gegen kommerzielle Fluchthelfer angekündigt habe und dies als Bonner Vorleistung für die Verkehrsvereinbarungen mit Ost-Berlin ausgelegt werden könne, und welche Rolle hat das Unterbinden der Fluchthilfe bei den Verkehrsverhandlungen nun überhaupt gespielt?
5. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Was ist aus den übrigen 75 Punkten bei den Verhandlungen mit der DDR geworden, nachdem bei Beginn der letzten Verhandlungsrunde mit der DDR die Bundesregierung öffentlich erklärt hat, es stünden dabei über 80 Punkte zur Verhandlung an, und nunmehr nach Abschluß der Verhandlungsrunde nur fünf Punkte als Ergebnis vorliegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

6. Abgeordneter
Wuwer
(SPD) Hat die Bundesregierung Möglichkeiten, auf eine kinderfreundlichere Gestaltung der Hausordnungen von Wohnungsbaugesellschaften hinzuwirken, und wenn ja, was gedenkt sie in Wahrnehmung dieser Möglichkeit in dieser Richtung zu tun?

7. Abgeordneter
Henke
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der soziale Wohnungsbau in den letzten Jahren jede soziale Bedeutung verloren hat, und daß eine Verringerung der öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau ohne Folgen für die Wohnraumversorgung der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland möglich ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
8. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Welche Schlüsse zieht der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für die Einrichtung sogenannter verkehrsberuhigter Zonen für den verdichteten Bau von Einfamilienhäusern aus den Erfahrungen, die er bei seiner Studienreise in die Niederlande gewonnen hat?
9. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, daß als Folge des geltenden Mietrechts Wohnungen, insbesondere Eigentumswohnungen, leer stehen?
10. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Welche Hinderungsgründe stehen bisher noch dem Abschluß der Bund-Länder-Vereinbarungen über die künftige Förderung des sozialen Wohnungsbaus entgegen, und bis wann kann mit einem endgültigen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen gerechnet werden?
11. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Bis wann sieht sich die Bundesregierung in der Lage, einen Gesetzentwurf zur angestrebten gesetzlichen Absicherung der jetzt noch auf Vereinbarungsbasis zwischen Bund und Ländern geregelten bzw. zu regelnden Förderung des sozialen Wohnungsbaus vorlegen zu können, hält es die Bundesregierung insbesondere für möglich, diesen Komplex noch innerhalb des laufenden Gesetzgebungsverfahrens zum Wohnungsbauänderungsgesetz 1978 — Drucksache 8/1769 — mit regeln zu können?
12. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Handelt es sich bei den gesetzlichen Maßnahmen gegen Bodenpreissteigerungen, die der Bundesbauminister wünscht, aber derzeit politisch nicht für durchsetzbar hält (vgl. Frage 79 für die Fragestunde am 4./5. Oktober, Frage 81 für die Fragestunde am 18./19. Oktober und Frage 7 für die Fragestunde am 8./9. November 1978), um die Regelungen über einen Planungswertausgleich, wie ihn der in der vergangenen Legislaturperiode von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbaugesetzes enthielt?
13. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, auf welche Erfahrungen stützt der Bundesbauminister seine Erwartung, solche Regelungen könnten zur Senkung der Baulandpreise beitragen (vgl. Frage 80 für die Fragestunde am 4./5. Oktober), liegen ihm insbesondere diesbezügliche Erfahrungen im Zusammenhang mit der Erhebung von Ausgleichsbeiträgen nach den Vorschriften des Städtebauförderungsgesetzes vor, und wenn nein, welche gesetzlichen Maßnahmen wünscht der Bundesminister, und auf welche Tatsachen gründet sich seine Überzeugung, diese seien derzeit politisch nicht durchsetzbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- In wieviel Fällen ist bisher das Recht auf Auskunft über gespeicherte personenbezogene Daten nach § 13 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) im Bereich der Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Bundes in Anspruch genommen worden, wie oft bezog sich das Ersuchen auf die in § 12 BDSG geregelten Veröffentlichungen der Behörden und öffentlichen Stellen, und in wieviel Fällen mußte die Auskunftserteilung wegen besonderer in § 13 BDSG genannter Gründe unterbleiben?
15. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Entsorgungsvorsorgenachweise künftig nicht mehr honorieren will, wenn diese auf Cogema-Verträge abgestellt sind und die den Entsorgungsnachweis legitimierenden Vertragsbestimmungen nicht dem Parlament zugänglich gemacht werden können, und wenn ja, welche Gründe und Erwägungen liegen dafür vor?
16. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Wie ist der Stand der diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung, die Zustimmung der französischen Seite zur Vorlage der Verträge im Deutschen Bundestag zu erhalten?
17. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß durch den Ersatz von Phosphaten in Waschmitteln, z. B. durch Zeolith, das Entrophierungsproblem weitgehend gelöst wird, oder werfen die bisher bekannten Ersatzstoffe ähnliche ökologische Fragen auf?
18. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Ist es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zutreffend, daß die derzeit zweckmäßigste und sicherste Lösung des Entrophierungsproblems durch die Fällungsreinigung zu erreichen ist, und daß die Ausrüstung aller Kläranlagen in entrophiegefährdeten Gebieten für dieses Verfahren mit ca. 20 Millionen DM zu erreichen wäre?
19. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt des Verfassungsschutzes den Verlauf der am 28./29. Oktober 1978 in Köln durchgeführten Bundesdelegiertenversammlung des „Sozialistischen Hochschulbunds“ (SHB), der wegen seiner engen Bündnispolitik mit dem kommunistischen Studentenverband „Marxistischer Studentenbund“ (MSB) Spartakus im Verfassungsschutzbericht 1977 erneute Erwähnung fand und der in einem Beschluß zum Ausdruck brachte, daß der Einsatz für Menschenrechte in aller Welt ein heuchlerisches Manöver sei, „die reale Überlegenheit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu vernebeln und konterrevolutionäre Kräfte in den existierenden sozialistischen Staaten zu züchten“?
20. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag Auskunft darüber zu geben, wann und unter welchen Bedingungen die vier Terroristen freigelassen worden sind?
21. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Wohin und auf welchem Weg sind die Terroristen abgeschoben worden, und wann ist die Bundesregierung über die Freilassung unterrichtet worden?

22. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls vertraulich in den zuständigen Ausschüssen darüber Auskunft zu geben, wann und mit welchem Ergebnis es seit Stellung des Auslieferungsantrags Kontakte zwischen dem Bundeskriminalamt oder anderen deutschen Behörden und entsprechenden jugoslawischen Behörden gegeben hat?
23. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesinnenminister — wie gemeldet wurde — angesichts des Fehlschlags deutsch-jugoslawischer Zusammenarbeit bei der Verfolgung internationaler Terroristen versichert, man werde auch künftig gerade auf diesem Gebiet zwischen Bonn und Belgrad gut kooperieren, und wenn ja, was hat er damit gemeint?
24. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie kann die Freilassung deutscher Terroristen durch Jugoslawien und der damit zweifelsohne gegebene flagrante Bruch des deutsch-jugoslawischen Auslieferungsabkommens in Übereinstimmung gebracht werden mit der Ansicht von Bundesminister Baum, daß die Zusammenarbeit mit Jugoslawien bei der Bekämpfung des Terrorismus auch jetzt fortgesetzt werde, und ist die Bundesregierung bereit, der Brückierung durch Belgrad gegebenenfalls auch mit wirtschaftlichen und handelspolitischen Maßnahmen zu begegnen?
25. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Mordtaten bzw. Attentate auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gegen Exilkroaten oder kroatische Gastarbeiter bekannt, als deren Auftraggeber jugoslawische Dienststellen genannt wurden?
26. Abgeordneter
Dr. Klepsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die nach § 6 des Europawahlgesetzes wahlberechtigten Deutschen im EG-Ausland durch den Erlaß und die Verkündung der Europawahlordnung bereits ausreichend über ihr Wahlrecht und die notwendigen Formalitäten unterrichtet sind, oder was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß alle von dieser Regelung betroffenen Wahlberechtigten von ihren Wahlmöglichkeiten erfahren?
27. Abgeordneter
Luster
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die wahlberechtigten Deutschen, die ihren Wohnsitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften haben und sich teilweise in erheblicher räumlicher Distanz zu den Wahlbezirken aufhalten, in denen ihre Stimmabgabe erfolgt, frühzeitig und ausreichend über die zu wählenden Personen und Parteien informiert werden?
28. Abgeordneter
Dr. Aigner
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung den Bürgern der DDR, die seit mindestens drei Monaten in den europäischen Gebieten der Mitgliedstaaten der EG wohnen, die Wahrnehmung ihres auf Grund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit gem. § 6 des Europawahlgesetzes gegebenen Wahlrechts zu ermöglichen?

29. Abgeordneter
Alber
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, daß möglichst viele gem. § 6 des Europawahlgesetzes Wahlberechtigte im Wahlverzeichnis erfaßt werden, zumal anders als bei Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen keine detaillierten Wählerverzeichnisse bei den Wahlämtern vorliegen?
30. Abgeordneter
Alber
(CDU/CSU)
- Welchen Zeitraum hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bis zur Europawahl im Juni 1979 noch für ausreichend, um durch geeignete Informationen über das Verfahren zur Eintragung in das Wählerverzeichnis dem betreffenden Personenkreis die Teilnahme an der Europawahl zu ermöglichen, zumal der Antrag auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis spätestens bis zum 21. Tage vor der Wahl bei der zuständigen Gemeindebehörde eingegangen sein muß?
31. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Wird die Absicht des Landes Nordrhein-Westfalen, einen Grundrechtsanspruch auf Datenschutz in die Landesverfassung aufzunehmen, die Bundesregierung dazu veranlassen, entsprechende Vorarbeiten zu einem konkreten Vorschlag für ein Grundrecht auf Datenschutz im Grundgesetz in Angriff zu nehmen?
32. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts der sich auf Länderebene abzeichnenden neuen Entwicklung in bezug auf ein Grundrecht auf Datenschutz bereit, einen entsprechenden Diskussionsvorschlag noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen?
33. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß jüdischen Aussiedlern und Flüchtlingen aus osteuropäischen Staaten verschiedentlich Vertriebenenausweise wie auch Einbürgerung mit der Begründung verweigert wurden, sie hätten nicht zu den „Volksdeutschen“ gehört, die auf Grund des Führererlasses über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom Oktober 1939 registriert wurden oder hätten keinem der antisemitischen Volkstumsvereine angehört, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
34. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft es zu, daß — wie in der Stuttgarter Zeitung vom 21. November 1978 (Seite 7) gemeldet — das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Mannheimer Buchhändler als V-Mann anzuwerben versucht und ihm dafür Hilfe bei einem Ermittlungsverfahren wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung zugesagt hat?
35. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Sind Pressemeldungen zutreffend, daß der ehemalige Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Nollau, bei einem amtierenden Staatssekretär der Bundesregierung eine Sicherheitsprüfung hat durchführen lassen, und wie war gegebenenfalls das Ergebnis dieser Überprüfung, das als „von politischer Bedeutung“ gekennzeichnet worden ist?

36. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Charakterisierung im Verfassungsschutzbericht 1977 des Sozialistischen Büros in Offenbach als einer „links-extremistischen Gruppe“, die „die demokratische Ordnung zersetzen und zerstören“ will, eine durch Tatsachen in keiner Weise gerechtfertigte und unzulässige politische Diskriminierung aller Mitglieder des Büros als „verfassungsfeindlich“ durch den Verfassungsschutz darstellt?
37. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Betroffenen öffentlich zu rehabilitieren und auf die für den Verfassungsschutzbericht Verantwortlichen einzuwirken, um jeden Mißbrauch der Befugnisse des Verfassungsschutzamts zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

38. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Sind der Bundesregierung Berichte bekannt, nach denen Familienrichter auf Grund des neuen Familien- und Eherechts geschiedenen Vätern unverhältnismäßig hohe Unterhaltszahlungen auferlegen, als deren Folge diese Väter ein Resteinkommen unter dem Sozialhilfesatz erhalten und lieber arbeitslos werden, als den hohen Unterhalt zu zahlen, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch Informationen oder andere geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß ein angemessenes Verhältnis zwischen Unterhalt und Einkommen eingehalten wird?
39. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Sind Pressemeldungen zutreffend, daß insgesamt 650 000 deutsche Patentschriften aus den Jahren 1957 bis 1968 an die kubanische Botschaft in Ost-Berlin zur kostenlosen Überlassung an die kommunistische Regierung Kubas geliefert worden sind, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Vorgang?
40. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Treffen Berichte eines Nachrichtendienstes zu, wonach einem östlichen Nachbarstaat Patentschriften in großer Anzahl in den letzten Jahren nahezu entschädigungslos übergeben wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

41. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesfinanzminister geäußert hat, ihm sei erst während der Verhandlungen über die Lohnsummensteuer zwischen den Oberbürgermeistern, Landtags- und Bundestagsabgeordneten mit der Regierung in Bonn klar geworden, wie hart die Ruhrgebietsstädte von den Bonner Steuerplänen betroffen seien, und daß dies erreicht sei durch Äußerungen des Gelsenkirchener Oberbürgermeisters Werner Kuhlmann?
42. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Wenn ja, worauf führt der Bundesfinanzminister die Tatsache zurück, daß er über die Bedeutung dieser Problematik nicht durch entsprechende Information seines Ministeriums rechtzeitig aufgeklärt wurde?

- | | |
|---------------------------------------|---|
| 43. Abgeordneter
Peiter
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Zollbeamten, die den Treibstoffkontrolltrupps angehören, sie zu ihrer Sicherheit mit einer Waffe auszurüsten? |
| 44. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) | Sind der Bundesregierung Äußerungen des Bundesrechnungshofs oder von Landesrechnungshöfen zur sehr unterschiedlichen Praxis der einkommensteuerlichen Schätzungen landwirtschaftlicher Einkünfte in den Bundesländern bekannt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Gewinnschätzungspraxis unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit, verglichen mit der Einkommensbesteuerung von Arbeitnehmern, Freiberuflern und Gewerbetreibenden? |
| 45. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) | Welche Informationen liegen der Bundesregierung über eventuelle steuerstrafrechtliche Folgen für Landwirte vor, die ihre landwirtschaftlichen Einkünfte fortlaufend schätzen lassen, obwohl sie nach den gesetzlichen Bestimmungen buchführungspflichtig sind, und wie lauten gegebenenfalls entsprechende Zahlen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 46. Abgeordneter
Hölscher
(FDP) | Trifft es zu, daß Bedienstete des Bundesamts für den Zivildienst, wie der Frankfurter Regionalbetreuer Willibald Saller und dessen Verein „Sozialdienst Frankfurt e. V.“, Zivildienstleistende privat nutzen, und wenn ja, hält die Bundesregierung dies für vertretbar? |
| 47. Abgeordneter
Hölscher
(FDP) | Was gedenkt die Bundesregierung allgemein zu unternehmen gegen die maßgebliche Mitwirkung von dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst und dem Bundesamt für den Zivildienst unterstellten Beamten im Bereich der freien sozialen Trägerschaft, z. B. im Betreuungsverband Zivildienst e. V.? |
| 48. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) | Welche Kompetenzen räumt die Bundesregierung dem Bundesausschuß Ärzte/Krankenkassen ein im Hinblick auf die Erstattungsfähigkeit von Arzneimitteln unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Therapiefreiheit der Ärzte und der Tatsache, daß für die Beurteilung der Wirksamkeit von Arzneimitteln noch keine unstreitigen methodisch und ethisch einwandfreien Verfahren zur Verfügung stehen? |
| 49. Abgeordnete
Frau
Hürland
(CDU/CSU) | Gibt es im Verantwortungsbereich der Bundesregierung Erkenntnisse über den Zusammenhang der zunehmenden Zahl von psychisch Kranken und Rationalisierung sowie Automatisierung in Betrieben? |
| 50. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) | Bis wann gedenkt die Bundesregierung, in voller Anwendung des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 entsprechend dessen § 16 — wonach auch in den Verwaltungen und Betrieben des Bundes „in den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitsmedizinischer |

- und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten“ ist — den im Gesetz vorgesehenen Betriebsarzt und Sicherheitsingenieur für die Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) in Berlin zu bestellen?
51. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang haben die nach Maßgabe des Arbeitssicherheitsgesetzes zu bestellenden Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit bereits in anderen mit der BAM vergleichbaren Verwaltungen bzw. Betrieben des Bundes ihre Tätigkeit aufgenommen?
52. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- In welcher Weise kann die Bundesregierung sicherstellen, daß im Rahmen der betriebsärztlichen Betreuung eine besondere medizinische Betreuung von Schichtarbeitern durchgeführt wird, wie z. B. verschärfte medizinische Anstellungsuntersuchungen, regelmäßige begleitende Untersuchungen, Anwesenheit von medizinisch vorgebildetem Personal in allen Schichten?
53. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine Berichtspflicht der Betriebsärzte über den Gesundheitszustand von Schichtarbeitern einzuführen?
54. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die erst am 21. Dezember 1978 im Bundesrat beabsichtigte Beratung der Rentenversicherungs-Bezugsgrößenverordnung 1979 die Rentenberechnung für Januar 1979 nach den neuen Bezugsgrößen erst nach der nach diesem Zeitpunkt liegenden Verkündung erfolgen kann und dadurch Verzögerungen zum Nachteil der Rentner eintreten, zumal nach einem Rundschreiben des Verbands der Rentenversicherungsträger eine vorherige Bekanntgabe der Werte nicht erfolgen soll, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
55. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Rentenversicherungsträger in den Stand zu versetzen, rechtzeitig die Berechnung der Altersruhegelder mit Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 1978 vornehmen zu können, um im Interesse der Rentner keine Verzögerung bei den Rentenzahlungen eintreten zu lassen?
56. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Wie groß ist die Zahl der erstmalig erteilten Arbeitserlaubnisse auf Grund der Verschiebung des Stichtags für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer vom 30. November 1974 auf den 31. Dezember 1976, und mit welcher Zahl wäre bei einer Aufhebung des Stichtags zu rechnen?
57. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Rechnet die Bundesregierung bei einer Aufhebung des Stichtags für die Erteilung der Arbeitserlaubnis an Kinder ausländischer Arbeitnehmer mit zusätzlichen Familienzusammenführungen, und wenn ja, in welchem Umfang — auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Kinder ausländischer Arbeitnehmer nach 5jährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bereits heute einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Arbeitserlaubnis besitzen?

58. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Hat sich aus der Sicht der Bundesregierung die Plafondierung der Ausländerbeschäftigung seit dem 1. Dezember 1974 (Ausländer-Erlaß des Bundesarbeitsministeriums) und dem 31. Dezember 1976 (Ausländer-Erlaß des Bundesarbeitsministeriums für Jugendliche) auch unter dem Gesichtspunkt sektoraler Engpässe bei der Besetzung bestimmter Arbeitsplätze bewährt?
59. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Denkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund unterschiedlicher Urteile von Sozialgerichten zu den beiden Erlassen daran, gegenüber den Bundesländern eine Modifizierung der beiden Erlasse vorzuschlagen?
60. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, an die deutschen Rotfrontkämpfer des spanischen Bürgerkrieges, die ihren Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, Leistungen nach oder entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz zu erbringen, beabsichtigt die Bundesregierung außerdem, diese Leistungen auch für kommunistische Widerstandskämpfer, die in der DDR wohnen, zu zahlen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

61. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß für kleine Handwerksbetriebe erhebliche finanzielle Belastungen auftreten, wenn anläßlich der Wehrübung eines Mitarbeiters die Kosten für den anteiligen Urlaub, zusätzliches Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen und anteiligen Beitrag zur Sozialversicherung gezahlt werden müssen, und sieht die Bundesregierung hierin einen Anlaß für gesetzgeberische Entlastungsmaßnahmen?
62. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, diese Kosten zu übernehmen, um die kleinen Unternehmen finanziell zu entlasten?
63. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Bundeswehrsoldaten anstatt der Freifahrkarte für die Deutsche Bundesbahn den entsprechenden Kostenbetrag auszuzahlen, damit die Soldaten mit eigenen Fahrzeugen die Reisen vom Einsatzort zum Heimatort und zurück zeitsparend vornehmen können, und wenn nein, wie begründet sie das?
64. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Trifft es zu, daß der Gefreite Anselm Conrad wegen der Teilnahme in Uniform an einer von der Gewerkschaft am 11. November 1978 veranstalteten Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Dachau mit drei Tagen Disziplinararrest belegt wurde — wie aus Presseberichten hervorgeht —, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang in der Bundeswehr, bzw. was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Entscheidung rückgängig zu machen?
65. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung als Folge der Wehrbeauftragtenunterrichtung 1975 und der Stellungnahme des Verteidigungsausschusses zum Erlaß des Generalinspektors vom 30. März 1973 ergriffen, um die Unklarheiten und rechtlichen Unsicherheiten bei der Beurteilung der Teilnahme von Soldaten in Uniform an Veranstaltungen von Berufsorganisationen zu beseitigen, und

- wann ist mit klaren Abgrenzungskriterien zu § 15 des Soldatengesetzes zu rechnen?
66. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Wie kommt es, daß die Vorbereitungsarbeiten an den noch festzusetzenden Lärmschutzbereichen hinsichtlich der militärischen Flugplätze Brüggen und Wildenrath im Oktober 1978 noch nicht abgeschlossen waren und zu diesem Zeitpunkt die „Berechnung“ erst eingeleitet und die „Kartographie“ ausweislich des Fluglärmberichts der Bundesregierung (Drucksache 8/2254, Seite 8, Tabelle 1) noch nicht einmal begonnen war, obwohl nach Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Bülow (Stenographischer Bericht der 70. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 27. Januar 1978, Seite 5599) der Bundesverteidigungsminister dem Bundesinnenminister bereits am 24. Januar 1978 die maßgeblichen Daten für die Berechnung der Lärmschutzbereiche für die beiden genannten Flugplätze zugeleitet hat?
67. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Wann ist damit zu rechnen, daß die für die festzusetzenden Lärmschutzbereiche notwendige Berechnung, die Kartographie und die Abstimmung zwischen Bund und Land erfolgen wird?
68. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem neuen Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg in Sachen Pionierübungsplatz Nordheim, und ist die Bundesregierung jetzt bereit – auch im Hinblick auf die Naturschutzbelange –, einen anderen, geeigneten Standort für einen Wasserübungsplatz zu suchen?
69. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Was will die Bundesregierung unternehmen, damit die bereits durch – inzwischen gestoppte – Bauarbeiten zerstörten Ackerflächen baldmöglichst wieder landwirtschaftlicher Nutzung zugeführt werden können, um so weiteren Schaden vom Landschaftsbild unterhalb der Vogelsburg und von den betroffenen Winzern und Landwirten abzuwenden?
70. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Unter welcher Bundesregierung bzw. welchem Bundesverteidigungsminister wurde Herr Laabs im Bundesverteidigungsministerium eingestellt?
71. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Wurde der „größte“ Spionagefall in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erst durch die Einstellung von Herrn Laabs im Bundesverteidigungsministerium ermöglicht?
72. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zweck und in welchem Rahmen ist der DGB-Vorsitzende Vetter vor Bundeswehrangehörigen in El Paso/Texas aufgetreten?
73. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, den durch die Rede des DGB-Vorsitzenden in El Paso/Texas bei Angehörigen der Streitkräfte hervorgerufenen Eindruck auszuräumen, daß die verbindliche Auslegung des Grundgesetzes nicht ausschließlich Sache des Bundesverfassungsgerichts, sondern möglicherweise eine Frage des Einsatzes gewerkschaftlicher Kampfmittel sei, und daß irgendjemand befugt sein könne, das Grundgesetz als „Kompromiß“ zu bezeichnen, den man aufkündigen könne, und wenn ja, wie?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

74. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Forschungsergebnisse (siehe u. a. Hafer, Hertha: Nahrungsphosphat als Ursache für Verhaltensstörungen und Jugendkriminalität; Heidelberg, Hamburg: Kriminalistik-Verlag, 1978) bekannt, nach welchen zwischen dem Verzehr phosphathaltiger Nahrung und dem Auftreten der „Minimalen zerebralen Dysfunktion“ und darauf beruhender Verhaltensstörungen bei Kindern und Jugendlichen ein ursächlicher Zusammenhang besteht, und welche Konsequenzen gedenkt sie gegebenenfalls daraus zu ziehen?
75. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, die Rechtsvorschriften für die Verwendung von Phosphaten in Lebensmitteln (Fleischverordnung vom 6. Juni 1973, zuletzt geändert durch Anpassungsverordnung vom 16. Mai 1975, BGBl. I S. 1281; Zusatzstoff-Zulassungs-Verordnung vom 20. Dezember 1977, BGBl. I S. 2711; Verordnung über diätetische Lebensmittel i. d. F. vom 24. Oktober 1975, zuletzt geändert durch Änderungsverordnung vom 10. Mai 1976, BGBl. I S. 1200) dahin zu ändern, daß die Zulassung von Phosphaten als Lebensmittelzusätze gestrichen wird, bzw. hält sie gesetzgeberische Maßnahmen — gegebenenfalls welche — gegen die Verwendung von Phosphaten als Lebensmittelzusätze für geboten?
76. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bekannt, daß das Bundesgesundheitsamt die begriffliche Erweiterung im Arzneimittelgesetz 76 bezüglich der „wirksamen Bestandteile“ benutzt, um Wirksamkeitsnachweise für alle wirkenden Bestandteile zu verlangen, sich bei den Hilfsstoffen nicht auf den Unbedenklichkeitsnachweis zu beschränken und auf Grund solcher Umstände mit kurzer Fristsetzung Mängelrügen auszusprechen oder Zulassungen neuer Arzneimittel zu verweigern?
77. Abgeordnete
Frau Hürland
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, an wieviel Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland das Fach „Arbeitsmedizin“ gelehrt wird, und in welchem Maß es Interesse bei den Studierenden findet?
78. Abgeordneter
Schmidt (München)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das auch in der Bundesrepublik Deutschland sich immer mehr ausbreitende Sektenunwesen einzudämmen und zu kontrollieren, um zu verhindern, daß vor allem junge Leute mit teilweise kriminellen Praktiken ihrem bisherigen Lebensbereich entfremdet und zur Mitarbeit in diesen Sekten gepreßt werden?
79. Abgeordneter
Schmidt (München)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Problem des Sektenunwesens untersuchen zu lassen und auf dieser Grundlage dem Bundestag künftig einen sogenannten Sektenbericht vorzulegen?

80. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung Berichte, wonach sich Fehlbildungen von Kindern bei weiblichem Klinikpersonal infolge des Umgangs mit Desinfektionsmitteln, die Hexachlorophen enthalten, häufen sollen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ziehen?
81. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Welche Anhaltspunkte hat die Bundesregierung für ihre Feststellung, daß die durch Umwelt und Familie erlernten Freizeitaktivitäten meist in ihrer Grundstruktur als so festgefügt gelten können, daß sie bis zum höheren Lebensalter beibehalten werden?
82. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Was sind die Grundstrukturen der in der Familie erlernten Freizeitaktivitäten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

83. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn anzuweisen, bei der Berechnung der Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien über das 25. Lebensjahr hinaus in Zukunft die Wehrdienstzeit anzurechnen?
84. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ansicht von TÜV-Experten, eine Notwendigkeit, fabrikneue Personenwagen schon nach zwei Jahren dem TÜV vorzustellen, bestehe nicht, und beabsichtigt die Bundesregierung in Berücksichtigung dieser Auffassung, die Werkstattüberprüfung und erste TÜV-Untersuchung um ein Jahr zu verschieben?
85. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Sind die bekanntgewordenen Vorstellungen der Deutschen Bundesbahn über eine beabsichtigte Verdünnung des Reisezugverkehrs auf der Strecke Neuenmarkt/Wirsberg-Bayreuth dergestalt, daß 21 Personenzüge ausfallen sollen, mit den Grundsätzen der Förderung des Zonenrandgebiets zu vereinbaren, stellt dies nicht eine Benachteiligung der Bevölkerung und der Wirtschaft des Grenzraums gegenüber Ballungszentren dar, und glaubt die Bundesregierung nicht, daß durch den Ausfall der Züge gerade die Sozialschwachen, nämlich Schüler, Arbeitnehmer, Behinderte und alte Menschen, die kein Auto besitzen und auf die Eisenbahn angewiesen sind, entscheidend benachteiligt sind?
86. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Welche Einstellung der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbahn hat sich zur Reaktivierung der Strecke Antwerpen—Roermond—Dalheim—Mönchengladbach, Eiserner Rhein genannt, aus den bisherigen Verhandlungen mit der niederländischen und belgischen Eisenbahnverwaltung unter dem Aspekt ergeben, daß sich die Laufstrecke Antwerpen—Mönchengladbach um rund 100 km verkürzt und sich in allen drei Ländern durch eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit dieser Strecke die Standortgunst wirtschaftlich schwacher Regionen erheblich verbessern würde?

87. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Aufsichtsrat des Verkehrsverbunds Stuttgart initiativ zu werden, um Schulklassen in der von der Deutschen Bundesbahn im Verkehrsverbund Stuttgart betriebenen S-Bahn wieder verbilligte Tarife zukommen zu lassen, wie dies vor der Einführung des Verkehrsverbunds Stuttgart üblich war?
88. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund meiner Frage 92 in der 114. Sitzung der 8. Wahlperiode und der von mir eingereichten amtlichen Unfallzahlen auf dem genannten Teilstück die derzeitige Planung „einbahnige Autobahn“ zu überprüfen und notfalls durch eine Besichtigung vor Ort den derzeitigen Verlauf der B 18, die im fraglichen Bereich keine durchgehende Gerade hat, die länger als 200 m ist, in Augenschein zu nehmen?
89. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, beim Bau der A 96 vom Abzweig der jetzigen B 18 in Richtung Lindau auf jeden Fall zweibahnig zu bauen, da einmal hier Eingriffe in bisher vom Verkehr nicht tangierte Gelände genommen werden (Naturschutz), andererseits der nachträgliche Bau einer zweiten Bahn zu sehr starken Immissionen führt (Beispiel: die derzeitige Erweiterung der A 81 im Bereich Heilbronn/Stuttgart)?
90. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Ergebnisse der im August dieses Jahrs im Auftrag des Autobahnamts Baden-Württemberg vorgenommenen neuesten Verkehrszählungen auf der B 18 zwischen Ferthofen und Wangen im Allgäu bekannt, bei denen rund 11 000 Fahrzeuge pro Tag gezählt worden sind, und ist die Bundesregierung bereit, diese Zahlen mit in das Überprüfungsverfahren zur Höherstufung der zweiten Fahrbahn der A 96 auf diesem Abschnitt für den künftigen Bundesfernstraßen-Bedarfsplan einzubeziehen?
91. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß damit zu rechnen ist, daß das auf Grund der neuesten Verkehrszählungen ermittelte Fahrzeugaufkommen von rund 11 000 pro Tag auf der B 18 zwischen Ferthofen und Wangen im Allgäu nach Fertigstellung der Anbindung der B 18 an die A 7 bei Memmingen, nach Inbetriebnahme des Pfändertunnels und nach Anbindung der Schweizer Autobahnen sich in eine Größenordnung von 20 000 bis 22 000 pro Tag steigern und nach Ausbau der zweibahnigen A 96 zwischen München und Memmingen, dem Ausbau der Schweizer Autobahnen bei St. Gallen und zwischen Buchs und Sargans noch erheblich weiter ansteigen wird, und welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus für die Einstufung der A 96 im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen?
92. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Gibt es bereits gültige Vereinbarungen zwischen den jeweils zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz über einen direkten Anschluß der A 81 an das Schweizer Autobahnnetz, oder gibt es zur Zeit Verhandlungen, deren Fortgang soweit fortgeschritten ist, daß mit einem baldigen Abschluß einer Vereinbarung über einen direkten Anschluß zu rechnen ist, bzw. bis wann rechnet die Bundesregierung mit einem solchen Abschluß?

93. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Hat die Bundesregierung den Schweizer Behörden bereits offiziell mitgeteilt, daß nach ihrer Planung der Hauptstrom des internationalen Durchgangsverkehrs im Zuge der A 81 bereits in den 80er Jahren über die Strecke A 81 Singen-Bietingen geführt werden soll, und welche Haltung haben die Schweizer Behörden zu dieser Absicht eingenommen?
94. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Treffen Aussagen der Landesregierung Schleswig-Holstein zu, daß der Bund im April 1978 statt der in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Zuweisung von 278 Millionen DM kurzfristig 321 Millionen DM für Straßenbaumaßnahmen überwiesen hat, obwohl in Schleswig-Holstein ein Ausgabenrest von 50 Millionen DM vorauszusehen war, und daß dies ohne Rücksicht auf baureife Projekte geschehen sei, und welches waren — bejahendenfalls — die Gründe dafür, bzw. nach welchen Kriterien erfolgte diese Mittelzuweisung?
95. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, anläßlich der für 1979 geplanten Europaratskampagne den anerkannten Umweltschutzverbänden in der Bundesrepublik Deutschland eine dringend notwendige finanzielle Unterstützung durch Herausgabe einer Sonderzuschlagsmarke zu ermöglichen?
96. Abgeordneter
Kleinert
(FDP)
- Ist die Bundesregierung, gegebenenfalls in welchem Umfang, bereit, zusätzliche Dienste der Deutschen Bundespost im Wettbewerb — und wegen der Ungleichgewichte zum Nachteil mittelständischer Betriebe — z. B. durch Eilbotenservice (Blumen und Geschenke) oder Toto-, Lottoannahmestellen zu eröffnen?
97. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Wo sieht die Deutsche Bundespost ihre Grenzen gegenüber der privaten Wirtschaft bei der Ausweitung ihres Tätigkeitsgebiets angesichts der Möglichkeiten, die die Kommunikationstechnik zunehmend bietet, und sind nach Auffassung der Bundesregierung in diesem Zusammenhang gesetzliche Änderungen notwendig?
98. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft es zu, daß — wie im Stern vom 16. November 1978 gemeldet — täglich in großem Umfang Post aus osteuropäischen Staaten vom Bundesnachrichtendienst geöffnet, gelesen, verwertet und teilweise dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst zugeleitet wird, und wenn ja, in welchem Umfang?
99. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, von wem der Stern die am 16. November 1978 veröffentlichten geheimen Informationen zur strategischen Post- und Fernmeldekontrolle in der Bundesrepublik Deutschland erhalten hat, und was hat die Bundesregierung bisher zur Aufklärung dieses Geheimnisverrats unternommen?
100. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie lange war der Bundesregierung vor der Veröffentlichung im Stern bekannt, daß diese Zeitschrift über geheime Informationen zur strategischen Post- und Fernmeldekontrolle verfügt, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls veranlaßt, um eine Veröffentlichung im Interesse der Sicherheit unseres Staats zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

101. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der deutschen Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kommunikationssatelliten, und welche Erfolge wurden nach dem Wissensstand der Bundesregierung bisher auf dem internationalen Markt von der Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich erzielt?
102. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Sind der Bundesregierung Schätzungen über den internationalen Bedarf an Kommunikationssatelliten und deren weitere Entwicklung für die kommenden Jahre bekannt, und wie beurteilt sie die deutschen Marktchancen?
103. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Trifft die Kritik an der deutschen Reaktorsicherheitsforschung zu, insbesondere die Aussagen über „einen Hang von Perfektionismus sowie Projekte, die lediglich die Beruhigung von Kritikern der Kern-energie-technik zum Ziel haben . . . Das Bemühen, sich Forschungspfründe zu erhalten, scheinen ebenfalls im Spiel zu sein . . . Geld wird auch für Vorhaben ausgegeben, deren Ergebnis von vornherein feststeht“, die dem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung — Sicherheitsbehälter von Kernkraftwerken — Theorie und Praxis — vom 28. Oktober 1978 zu unternehmen ist, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung dazu ein?
104. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Forschung und Entwicklung für magnetohydrodynamische Prozesse (MHD) fortlaufend zu überprüfen und insbesondere die von ihr abgebrochene Entwicklung gegebenenfalls wieder aufzunehmen?
105. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die internationalen Erfahrungen bei der Förderung von MHD-Prozessen, insbesondere in den USA und in der UdSSR, und ist sie bereit, hieraus die Folgerungen zu ziehen, daß das Bundesforschungsministerium die Förderung der MHD-Prozesse wieder aufnehmen muß?
106. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Rahmen der Forschungsförderungsmaßnahmen auch Projekte gefördert werden, deren technologischer Stand als längst überholt gilt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

107. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Will die Bundesregierung das bei der Flensburger-Schiffbau-Gesellschaft ursprünglich für die togoische Reederei SOMAT auf Kiel gelegte dritte Handelsschiff verkaufen, nachdem — Presseberichten zufolge — die Bundesregierung die Verpflichtungen der SOMAT aus getätigten Schiffskäufen auf massive togoische Intervention abgelöst hat, und wenn ja, an welchen Käufer und zu welchen Konditionen?

108. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Von welchen entwicklungspolitischen Grundsätzen hat sich die Bundesregierung gegebenenfalls bei diesem Vorhaben leiten lassen, und steht dieses Verfahren mit haushaltsrechtlichen Prinzipien im Einklang?
109. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) Wann und für welchen Zweck wurde der jüngste Entwicklungshilfekredit an Togo in Höhe von 1,2 Millionen DM beantragt und zugesagt, und stand dieser Kredit direkt oder indirekt im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die aus dem Liefervertrag zwischen der togoischen Reederei SOMAT und der Flensburger Schiffs-Baugesellschaft entstanden sind?
110. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) Welche konkreten Zusagen und Leistungen hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit diesen Schwierigkeiten gegenüber der Regierung von Togo bzw. der Firma Flensburger Schiffs-Baugesellschaft erbracht, und trifft es zu, daß die Bundesregierung an den Präsidenten von Togo direkt oder indirekt aus öffentlichen Mitteln eine Zahlung von 100 000 DM geleistet hat?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

111. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen sich Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing darauf geeinigt haben, daß die französische Familienministerin Simone Veil Präsidentin des im nächsten Jahr direkt zu wählenden Europaparlaments werden soll, und hält die Bundesregierung es gegebenenfalls für die Kandidatin als auch für das Europaparlament für zuträglich, wenn zwei Regierungschefs eine Absprache treffen, die allein in der Zuständigkeit des neu zu wählenden Parlaments liegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

112. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU) Welche europäischen Länder haben das in den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland erworbene Abitur bisher als Zulassungsvoraussetzung zum Hochschulstudium in ihrem Land nicht anerkannt?
113. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß einige europäische Nachbarländer nach Einführung der Kollegstufe erwägen, das deutsche Abitur nicht mehr als Berechtigung zum Studium in ihrem Land anzuerkennen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
114. Abgeordnete
Frau von Bothmer
(SPD) Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dem Europarat heute innerhalb der europäisch-parlamentarischen Organisation bei?
115. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die ihre Verwandten in der CSSR besuchen, seit Sommer 1977 nicht mehr privat bei diesen übernachten dürfen, sondern in teuren Hotels Quartier beziehen müssen, und worauf führt die Bundesregierung diese Anordnung der Regierung der CSSR zurück?

116. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Welche konkreten Einwände haben die jugoslawischen Stellen gegen den Antrag auf Auslieferung der mutmaßlichen vier deutschen Terroristen erhoben, und wie beurteilt die Bundesregierung die mitgeteilten Ablehnungsgründe?
117. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Wann und in welcher Weise hat die Bundesregierung seit Stellung des Auslieferungsantrags vor sechs Monaten Demarchen bei der jugoslawischen Regierung unternommen, um die politische Bedeutung des Auslieferungsbegehrens sowohl für die bilateralen deutsch-jugoslawischen Beziehungen als auch für die multilaterale Terroristenbekämpfung zu unterstreichen, und wie hat die jugoslawische Regierung jeweils reagiert?
118. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Verweigerung der Auslieferung der vier deutschen Terroristen durch die jugoslawische Regierung in Bezug auf die deutsch-jugoslawischen Beziehungen?
119. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung weiteres wirtschaftliches und handelspolitisches Entgegenkommen gegenüber Jugoslawien angesichts dieses unfreundlichen Akts weiterhin für vertretbar?
120. Abgeordneter
Haase
(Kassel)
(CDU/CSU) Welche Finanzhilfen oder sonstige finanziellen Vergünstigungen zu welchen Konditionen hat Jugoslawien seitens der Bundesrepublik Deutschland bisher erhalten?
121. Abgeordneter
Haase
(Kassel)
(CDU/CSU) Inwieweit sind zugesagte oder in Aussicht genommene Finanzhilfen noch nicht ausgezahlt?
122. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die jugoslawische Regierung aufzufordern, durch geeignete Maßnahmen zu erreichen, daß Eingriffe jugoslawischer Stellen in das Rechts- und Ordnungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland unterbleiben?
123. Abgeordnete
Frau Renger
(SPD) Welche Möglichkeiten nimmt die Bundesregierung wahr, angesichts des Schicksals der Menschen auf dem Frachter Hai Hong, den Flüchtlingen aus den südostasiatischen Ländern Vietnam, Kambodscha und Laos, sei es in eigener Zuständigkeit, sei es im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften oder der Vereinten Nationen, humanitäre Hilfe zu leisten und einen Teil dieser Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen?
124. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung bisher noch nicht wie Kanada und Frankreich ihre Bereitschaft zur Aufnahme eines Teils der vietnamesischen Flüchtlinge des vor Malaysia kreuzenden Flüchtlingschiffs erklärt?
125. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit fördert die Bundesregierung den Kontakt zwischen Städten, Verbandsgemeinden und Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz mit Gebietskörperschaften in Frankreich, und von welcher Beurteilung des Nutzens derartiger Partnerschaften geht sie dabei aus?

126. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, Kontakte zwischen Städten, Verbandsgemeinden und Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz mit Gebietskörperschaften kommunistischer Staaten, insbesondere Jugoslawiens, zu fördern, und wenn ja, wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang den Nutzen derartiger Partnerschaften?
127. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung inzwischen feststellen können, ob die humanitären Hilfsgüter in den Libanon ungefährdet auch über West-Beirut nach ganz Ost-Beirut der dort noch verbliebenen, schwer bedrängten, insbesondere auch christlichen Zivilbevölkerung zugeführt werden können, und wenn nicht, was beabsichtigt sie mit friedlichen, aber international zulässigen Mitteln zu tun, um die Wahrung des humanitären Völkerrechts, für dessen Durchsetzung sie sich mitverantwortlich fühlt, auch im Libanon zu unterstützen?
128. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Worauf gründet sich die Zufriedenheit der deutschen Seite über die Aussiedlungsentwicklung (vgl. dpa-Meldung im Nachrichtenspiegel I vom 3. November 1978) angesichts der Tatsache, daß bisher die polnische Seite nicht im vollen Umfang ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Ausreiseprotokoll von 1975 nachgekommen ist und Zehntausende von Ausreisewilligen seit vielen Jahren große Schwierigkeiten bei der Erledigung der Ausreise haben, was auch durch die Übergabe von mehreren umfangreichen Listen deutscherseits durch den Bundeskanzler im November 1977 und den Bundesaußenminister bei seinem kürzlichen Warschau-Besuch bewiesen wird?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Wie hoch beliefen sich die Gesamtkosten des dies-jährigen Sommerfestes des Kanzlers, wieviel sind davon aus Mitteln des Einzelplans 04 beglichen worden, und trifft es zu, daß rund 25000 DM aus Haushaltsmitteln von Inter Nationes übernommen wurden? |
| 2. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Womit begründet die Bundesregierung gegebenenfalls die Übernahme von Finanzierungskosten des Sommerfestes des Kanzlers durch Inter Nationes, und wie wird dieser Vorgang haushaltsrechtlich begründet? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Hat der Leiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Staatssekretär Bölling, sich geweigert, gutachtlich zur beantragten Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Gerhard Löwenthal Stellung zu nehmen, und gegebenenfalls aus welchen Gründen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|--|
| 4. Abgeordneter
Carstens
(Fehmarn)
(CDU/CSU) | Wieviel Anträge zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland wurden von libanesischen Christen in den letzten zwei Jahren gestellt, und wieviel wurden davon genehmigt? |
| 5. Abgeordneter
Carstens
(Fehmarn)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Meinung, daß zur Erleichterung der bedrohlichen Lage der Christen im Libanon neben anderen notwendigen Maßnahmen auch eine großzügige Praxis bei der Bewilligung der Einreiseanträge geboten ist? |
| 6. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) | In welcher Weise kann die Bundesregierung den auf dem Küstenfrachter „Hai Hong“ auf dem Meer treibenden 2500 vietnamesischen Flüchtlingen, unter ihnen 1250 Kinder und 125 alte Leute, humanitäre Hilfe leisten? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung das von der KSZE-Sonderkonferenz beschlossene 3 Punkte-Programm für die Tagesordnung? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es nicht verantwortet werden sollte, die heißen Tagesordnungspunkte, wie Menschenrechtsverletzungen, vorerst nicht zu erwähnen bzw. auszuklammern und sich vorerst nur mit Umwelt- und Verkehrsfragen zu befassen? |

- | | |
|--|---|
| 9. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) | Welchen Standpunkt nimmt die Bundesregierung zu dem Schweizer Vorschlag der Bildung eines Schiedsgerichts aus unabhängigen Persönlichkeiten zur Schlichtung von Streitfällen in obligatorischen Verfahren mit bindenden Entscheidungen für den KSZE-Teilnehmerbereich ein? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung in der Europäischen Gemeinschaft darauf hinwirken, daß auch auf dieser Sonderkonferenz die neun Mitgliedstaaten mit einer Stimme sprechen? |
| 11. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Wird sich die Bundesregierung die Forderung des Bundesaußenministers zu eigen machen und bei den Vereinten Nationen einen Antrag auf Einsetzung eines Hohen Kommissars oder Beauftragten der UNO für Menschenrechtsfragen einbringen, und gegebenenfalls wann? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, Vertreter zu einem Empfang der jugoslawischen Botschaft anläßlich des jugoslawischen Nationalfeiertags zu entsenden, obwohl durch die Entlassung von vier deutschen Terroristen aus jugoslawischem Gewahrsam der internationalen Bekämpfung des Terrorismus ein schwerer Schlag versetzt wurde? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung einen Antrag auf eine Ausfuhrgenehmigung für etwa 22 Kriegsschiffe verschiedener Typen nach Chile abgelehnt hat oder im Begriff ist abzulehnen? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) | Wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Entscheidung angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit von mehr als 30 000 Werftarbeitern und der wiederholten Lieferung von Kriegsschiffen an andere lateinamerikanische Staaten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) | Wann wird die Bundesregierung unter Berücksichtigung der inzwischen erlangten Erkenntnisse dem Deutschen Bundestag Vorschläge für die Novellierung des Fluglärmsgesetzes vorlegen? |
| 16. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) | Wieweit ist die Meinungsbildung der Bundesregierung vorangeschritten, deren Beginn sie laut ihrer Antwort auf meine Frage am 14. September 1977 für März d. J. ankündigte, um für Beamte, die Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung sind, eine beihilfekonforme Versicherung wie bei der privaten Krankenversicherung zu ermöglichen, und wie will die Bundesregierung eine solche „Quotenversicherung“ mit den Grundprinzipien in Einklang bringen, auf denen die gesetzliche Krankenversicherung beruht? |
| 17. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die durch das sogenannte Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz für Beamte, die Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung sind, geschaffenen Probleme in einer den Grundprinzipien, auf denen die gesetzliche Krankenversicherung beruht, entsprechenden und praktikablen Weise in absehbarer Zeit zu lösen? |

18. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit zu veranlassen, daß die vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesinnenminister, von Schoeler, auf die Frage Nr. 15 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am 12./13. April 1978 (Drucksache 8/1689) erteilte Antwort in ihrem Verantwortungsbereich auf dem Verwaltungswege allen in Betracht kommenden Behörden als verbindliche Sprachregelung für alle ähnlich gelagerten Fälle mitgeteilt wird?
19. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wieviel anhängige Gerichtsverfahren, die Verstöße gegen das Bundesdatenschutzgesetz beinhalten, sind der Bundesregierung bekannt geworden, wieviel Urteile sind bereits ergangen, und ist zu erwarten, daß die Rechtsprechung wesentlich zur Klärung der im Bundesdatenschutzgesetz enthaltenen unbestimmten Rechtsbegriffe beitragen wird?
20. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welcher Betrag 1977 im Durchschnitt von den Bewohnern von Altenheimen zur Unterbringung, Verpflegung, ärztliche Betreuung usw. aufgewendet werden mußte, und wenn ja, von welcher Besoldungsgruppe an reicht bei einem verstorbenen Beamten mit 20 Dienstjahren die Witwenversorgung aus, um der Witwe — bei Annahme eines monatlichen Taschengelds von 100 DM — einen Heimaufenthalt zu ermöglichen?
21. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, daß in Asylverfahren aramäische Türken mehrfach gravierende Nachteile hinnehmen mußten, weil die ihnen zur Verfügung gestellten Dolmetscher mohammedanischen Glaubens waren und von daher eine objektive Übersetzung nicht gewährleistet war?
22. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung, daß es NOK-Präsident Daume immer noch nicht gelungen ist, verbindlich zu klären, unter welchem Namen unsere Athleten bei den Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau an den Start gehen werden, weil unser IOC-offizieller Name Deutschland mit der Abkürzung GER die Sowjets stört?
23. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß nach den IOC-Regeln die Olympischen Spiele exklusiv Eigentum des Internationalen Olympischen Komitees sind, so daß es auf politische, durch nichts gerechtfertigte Wünsche der Sowjets keine Rücksicht zu nehmen braucht, sondern im Gegenteil dem NOK der Sowjetunion die Spiele von 1980 wieder wegnehmen und sie an einem anderen Ort veranstalten kann, wenn die Sowjetunion sich nicht an die olympischen Regeln hält?
24. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß dem Deutschen Ruderverband Mehraufwendungen von 81 000 DM aus Haushaltsmitteln des Bundes finanziert werden, die dadurch entstanden sind, daß die Reise zur Teilnahme an den Ruderweltmeisterschaften in Neuseeland mit der Deutschen Lufthansa AG durchgeführt werden mußte, statt einer Fluglinie den Vorzug zu geben, die ihre Flugpreise am Markt orientiert?

25. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu dem Antrag des 11. Bundeskongresses des DGB vom Mai 1978, demzufolge die Senkung der Pensionsgrenze auf 60 Jahre für weibliche Beamte und Richterinnen herbeigeführt werden soll, und was waren die Gründe, die einer Verwirklichung dieser Forderung bisher entgegenstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

26. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Warum ist die Bundesrepublik Deutschland bisher noch nicht der UNO-Konvention über die Nichtanwendbarkeit der Verjährungsvorschriften auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beigetreten, der schon über 20 Staaten beigetreten sind?
27. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung in nächster Zeit, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen, und sieht sie darin eine Möglichkeit, die im Ausland sehr negativ aufgenommene Diskussion über eine weitere Verlängerung der Verjährung für Nazi-verbrechen zu beenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

28. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Gibt es eine Auskunftspflicht der Finanzämter in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Behörden der DDR über die Eigentumsverhältnisse von Einwohnern der DDR, die in der Bundesrepublik Deutschland über Eigentum verfügen, und auf welcher rechtlichen Grundlage beruht gegebenenfalls diese Auskunftserteilung?
29. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Anwendung der PDV 382 (Bearbeitung von Jugendsachen bei der Polizei) auch im Bereich der Zollverwaltung in Kraft zu setzen?
30. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den geplanten Verkauf der Anteile der umstrukturierten Gelsenberg AG an die BP angesichts der Tatsache, daß die Gelsenberg-Beteiligung des Bundes erst 1973 mit der Zielsetzung erworben worden ist, eine funktionsgerechte Unternehmensstruktur im VEBA-Konzern aufzubauen?
31. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Grenze des § 6 Abs. 2 EStG, wonach geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Betrag von 800 DM im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben werden dürfen, noch für zeitgerecht, und ist sie gegebenenfalls bereit, dem Deutschen Bundestag eine Erhöhung dieser Grenze vorzuschlagen?
32. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß von der Finanzverwaltung der Schachsport nicht als gemeinnützig im Sinn des § 52 Abs. 2 Ziffer 2 der Abgabenordnung anerkannt wird, und wenn ja, warum wird bei der Begriffsauslegung „körperliche Ertüchtigung“ das Gehirn im Kopf nicht als Teil eines Körpers anerkannt?

33. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Deutsche Schachverband Gründungsmitglied des Deutschen Sportbunds ist, seine Wettkämpfe wie jede andere Sportart in Mannschafts- und Einzelwettkämpfen nach vorangegangenen spezifischen Training durchführt und seit 1927 eigene olympische Spiele organisiert, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus in steuerlicher Hinsicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

34. Abgeordneter
Peter
(SPD)
- Seit wann besteht ein Embargo für Waffen, Waffentechnologie und Rüstungsgüter gegenüber der Republik Südafrika, und sind während dieser Zeit Anträge auf Genehmigung von Waffen-, Waffentechnologie- und Rüstungsgüterexporte nach Südafrika gestellt worden?
35. Abgeordneter
Peter
(SPD)
- Wenn ja, wie hat die Bundesregierung darauf reagiert, bzw. wer hat Exportanträge für welche Waffen, Waffentechnologie oder Rüstungsgüter gestellt?
36. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Tarifrabatte der Kfz-Haftpflichtversicherer für bestimmte Standesgruppen noch für gerechtfertigt, nachdem Unterschiede in der Risikoeinschätzung jetzt durch die Beitragsstaffelungen nach tatsächlicher Schadenshäufigkeit und zusätzlich nach Risikozonen voll berücksichtigt werden können?
37. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung um die Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes auch im Kfz-Versicherungswesen bemühen, da ungleiche Sachverhalte zwischen Angehörigen gleicher Berufe, die im öffentlichen Dienst oder aber anderweitig beschäftigt sind, nicht vorausgesetzt werden dürfen, mindestens aber nicht mehr besonders berücksichtigt werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

38. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Was ist der Bundesregierung über das neue amerikanische Gesetz mit dem Titel Agricultural Trade Act 1978 bekannt, und welche Auswirkungen sind nach Ansicht der Bundesregierung von daher auf die Entwicklung des Weltagrarhandels zu erwarten?
39. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Wieviel und welche Forschungsvorhaben laufen zur Zeit, um Agrarprodukte in verwendbare Energien umzuwandeln?
40. Abgeordneter
Müller (Bayreuth)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem Beispiel Frankreichs, Belgiens und Englands folgend, ein Importverbot für alle Erzeugnisse aus Robbenfellen zu erlassen, um damit einen Protest gegen die grausame Tötung von Robben in Kanada und Norwegen zum Ausdruck zu bringen?

41. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß an dem Tag, als die „Kieler Nachrichten“ meldeten (21. November 1978), daß an der schleswig-holsteinischen Westküste Weißkohl an die Schafe verfüttert würde, weil die Bauern nur 0,80 DM je Zentner erzielen können, auf dem Kieler Wochenmarkt das Pfund Weißkohl zu 0,54 DM angeboten wurde, und was ergibt sich daraus für die Bewertung der EG-Agrarordnung?
42. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit ausführlicher als bisher auf den hohen Anteil landschafts- und naturschutzfördernder Maßnahmen im Rahmen der Agrarhilfen hinzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Teilt die Bundesregierung die verfassungsrechtlichen Bedenken, daß die Regelung des § 5 Abs. 3 der Verordnung zur Durchführung des § 11 Abs. 3 und des § 13 des Bundesversorgungsgesetzes, nach der einem Behinderten die Kosten für eine Änderung oder eine besondere Ausstattung eines Kraftfahrzeuges nur dann erstattet werden können, wenn sie den Auflagen oder Beschränkungen entsprechen, unter denen die Fahrerlaubnis erteilt worden ist, durch die Ermächtigung des § 24a des Bundesversorgungsgesetzes nicht gedeckt ist, weil die orthopädische Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (vgl. § 10 Abs. 1 dieses Gesetzes) Beeinträchtigungen der Berufs- oder Erwerbsfähigkeit bessern und die Folgen der Schädigung erleichtern soll, während Auflagen und Beschränkungen bei Erteilung der Fahrerlaubnis der Verkehrssicherheit dienen, aber nicht die Folgen einer Schädigung im Sinn eines Bundesversorgungsgesetzes erleichtern sollen?
44. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, § 5 Abs. 3 der genannten Verordnung dahin zu ändern, daß auf die Leistungsvoraussetzung der Erteilung der Fahrerlaubnis mit entsprechender Auflage oder Beschränkung verzichtet wird?
45. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, wonach Geschäftsleitungen den Versuch machen, mit Hilfe des Datenschutzgesetzes Informationsrechte des Betriebsrats, wie sie sich aus dem Betriebsverfassungsgesetz ergeben, einzuschränken?
46. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die sich aus §§ 79 und 99 Abs. 1 Satz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes ergebenden Informationsrechte des Betriebsrats durch § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes geschmälert werden können?
47. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Berichte des Hauptverbands der gewerblichen Berufsgenossenschaften bekannt, daß statt der notwendigen 1 500 Behandlungsplätze für Querschnittsgelähmte nur 600 vorhanden sind, also nur ca. 40 v. H. des Bedarfs, und was kann und will die Bundesregierung angesichts der Notwendigkeit, Fälle von Rückenmarkverletzungen sofort zu behandeln, tun, um die nötigen Betten zu schaffen oder ihre Einrichtung zu veranlassen, und kann sie dafür Sorge tragen, daß die

- 1976 in Frankfurt geschaffene Anlaufstelle allen Ärzten, Krankenhäusern, Polizeidienststellen und Rettungseinheiten bekannt gemacht wird, damit die fast zur Hälfte aus Verkehrsunfällen stammenden Opfer solcher Verletzungen ohne Verzögerung an einen freien Behandlungsplatz gebracht werden?
48. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, über 50jährigen Arbeitslosen, die nur sehr schwer wieder einen Arbeitsplatz finden würden und die sich deshalb verselbständigen, eine Überbrückungsbeihilfe zu zahlen, wie sie in Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 5 des Arbeitsförderungsgesetzes Arbeitnehmern gezahlt werden kann, die nach ihrer Arbeitslosigkeit wieder einen Arbeitsplatz in einem Betrieb finden?
49. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Ausnahmeregelung von den Schutzvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes für Krankenpflegeschüler zu treffen, insbesondere hinsichtlich des Arbeitsgins vor 7 Uhr morgens und des Wochenenddienstes?
50. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Kann die Bundesregierung Presseberichte (Welt der Arbeit vom 8. November 1978) bestätigen, wonach Arbeitgeber und deren Anwälte zunehmend dazu übergehen, gegen Arbeitnehmer Detektive einzusetzen, um durch ein „spezielles Wissen“ aus dem Intimbereich des betroffenen Arbeitnehmers Prozessvorteile in Kündigungsschutzprozessen zu erzielen?
51. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine Werbeaussage des Duisburger Detektivinstituts Kocks GmbH, in der es heißt, „Vergleiche in Arbeitsgerichtsprozessen sind gelegentlich das Ergebnis massiver Erpressung und gründen dann auf genauer Kenntnis intimer Zusammenhänge, bei deren Veröffentlichung einer der Prozeßbeteiligten einen Skandal oder Schaden zu befürchten hat“?
52. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Zahl von amerikanischen Zivilangestellten bei den Stationierungsstreitkräften, die Familienangehörige von in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Soldaten sind, und wie viele sind sonstige US-Bürger, die erst später und zusätzlich in die Bundesrepublik Deutschland kamen?
53. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit dem NATO-Truppenstatut vereinbar, daß amerikanische Touristen und entlassene Soldaten auf zivilen Arbeitsplätzen der amerikanischen Stationierungsstreitkräfte eingestellt werden, und wie ist bejahendenfalls bei Einstellung amerikanischer Zivilpersonen die Beteiligung deutscher Arbeitsvermittlungsstellen sichergestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

54. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Wehrübende aus der freien Wirtschaft als Verheiratete 90 v. H. und als Ledige 70 v. H. ihres Nettoverdienstes für die Zeit der Wehrübung ersetzt bekommen, während Angehörige des öffentlichen Dienstes ihre vollen Bezüge weiter erhalten — wie die Presse berichtete —, und wenn ja, was sind die Gründe der unterschiedlichen Behandlung von Wehrübenden?

55. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die belgischen Luftstreitkräfte ihre Flugtätigkeit auf dem Flugplatz Butzweiler Hof verstärken wollen, daß sie bereits zusätzliche Luftstreitkräfte dorthin verlegt haben sollen, und daß, auch durch den Ausbau der Start- und Landebahn, zusätzliche Immissionen für die angrenzende Wohnbevölkerung mit Sicherheit eintreten werden, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den Flugbetrieb vollständig zu verlegen?
56. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bewohner der Städte Köln-Worringen und Dormagen durch militärische Tiefflüge, besonders aus dem Raum Nörvenich, in unzumutbarer Weise in diesem industriellen Ballungsgebiet zusätzlich belästigt werden, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, aus Gründen des Lärmschutzes und insbesondere auch der Sicherheit die angesprochene Tieffluggasse zu verlegen?
57. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für angebracht, bei zukünftig sich abzeichnenden Umbelegungen größerer Art von Bundeswehreinheiten/Verbänden in andere Garnisonstädte und wegen der damit verbundenen möglichen Änderung von z. B. Wohnungs-, Schul- und Kindergartenbedarf rechtzeitig mit den entsprechenden Kommunalverwaltungen in Verbindung zu treten, und welcher zeitliche Verlauf ist für diese Information vorgesehen?
58. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Wie lautet die Regelung des Bundesverteidigungsministers für die Kontakte von Soldaten mit Vertretern der Volksrepublik China, und dürfen Soldaten der Bundeswehr ohne Genehmigung des Bundesverteidigungsministers die Volksrepublik China besuchen?
59. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Stimmen Pressemeldungen, nach denen die militärische Führungsspitze ohne Wissen und Zustimmung des Bundesverteidigungsministers die Disziplinarordnung der Hochschulen der Bundeswehr geändert haben, und warum sind die Befehle später aufgehoben worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

60. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, durch eine entsprechende Auflage nach § 28 des Arzneimittelgesetzes sicherzustellen, daß der Alkoholgehalt in zahlreichen Arznei- und Stärkungsmitteln auf der Packung deutlich kenntlich gemacht wird, um so Gefährdete — Leberkranke, Hypertoniker, Alkoholiker — vor Schädigungen bzw. Rückfällen zu schützen?
61. Abgeordneter
Müller
(Bayreuth)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Vorsorge dafür treffen, daß wissenschaftlich fundierte Behandlungsmethoden im Gesundheitswesen den Patienten uneingeschränkt zugutekommen und nicht im Machtkampf der Schulmedizin verzögert oder sogar ausgeschaltet werden, obwohl diese im Ausland seit Jahren anerkannt sind und praktiziert werden?

62. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung in Übereinstimmung mit zahlreichen Äußerungen in der medizinischen Literatur die Prüfung gegen Placebo an kranken Personen im Rahmen der klinischen Arzneimittelprüfung mit dem neuen Arzneimittelgesetz für vereinbar?
63. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß diese Prüfungsmethode im Rahmen der Arzneimittelfortentwicklung unverzichtbar ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

64. Abgeordneter
Engelhard
(FDP) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß es im Interesse der Durchschaubarkeit des Transportrechts für Verlager, Spediteure und Frachtführer erforderlich ist, zu einer deutlicheren Unterscheidung zwischen Aufgaben bzw. Haftung der Spediteure und der Frachtführer zu kommen, und könnte dieses Ziel gegebenenfalls durch die Streichung des § 413 HGB erreicht werden?
65. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Welche Probleme sind bisher bei Spannbetonbrücken im Bundesfernstraßennetz aufgetreten, die nach dem beim Ramersdorfer Kreuz angewandten System des Fertigteil- und Einfeldträgers gebaut worden sind?
66. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Welche Preisunterschiede sind bei herkömmlichen Spannbetonbrückenbauten und bei Brückenbauten der „Ramersdorfer“ Bauweise im Durchschnitt bei in- und ausländischen Brückenbauten feststellbar?
67. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Trifft es zu, daß für die Umgehung der Stadt Bad Ems im Zug der B 260 nunmehr die Trasse festgelegt wurde, wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht?
68. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wie ist der Stand der Planungen der Bundesregierung zum Bau der Rheinstaustufe Neuburgweiler, und hat die Bundesregierung Kenntnis davon, welche Bauvorbereitungen die Republik Frankreich bisher unternommen hat?
69. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auf Grund der bisher vorliegenden Untersuchungsergebnisse die bisherige Planung der Rheinstaustufe Neuburgweiler überprüft werden muß, mit dem Ziel, auf den Bau einer Staustufe ganz zu verzichten oder zumindest eine geländeschonende Alternative an einem anderen Standort zu erarbeiten, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, diesen Erkenntnissen der vorliegenden Untersuchung Rechnung zu tragen?
70. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zur Reduzierung der Anzahl der sogenannten Geisterfahrer auf Bundesautobahnen an den Einfahrten zu den Autobahnen eine Beschilderung zu verwenden, wie diese in den USA eingesetzt werden?

71. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, Querschnittsge-
lähmten die aus beruflichen oder persönlichen
Gründen im Winter zum Führen eines eigenen
Personenkraftwagens gezwungen sind, die Benut-
zung von Spikes-Reifen zu gestatten, wenn die Fahr-
zeuge als solche von Rollstuhlfahrern gekennzeich-
net und auf eine bestimmte Höchstgeschwindigkeit
festgelegt sind?
72. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Für welches Verkehrsaufkommen wurde im Stadt-
gebiet Marburg der sogenannte Main-Lahn-Schnell-
weg (neu A 485) ursprünglich ausgelegt, und in wel-
cher Weise hat die Stadt Marburg wann an der Pla-
nung mitgewirkt?
73. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Wie wird das Verkehrsaufkommen der A 485 im
Stadtgebiet Marburg durch den Ausbau der A 49
bestimmt, und welches Verkehrsaufkommen wird
für die A 485 unter welchen Voraussetzungen heute
erwartet?
74. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Kann das heute erwartete Verkehrsaufkommen auch
durch den Ausbau der B 3 bewältigt werden, und
welche Einsparungen ergeben sich daraus?
75. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- In welcher Weise ist beabsichtigt, die Bedenken der
Aktionsgemeinschaft „Schützt das Ohmtal“ ähnlich
den Einwendungen der Bürger des Ebsdorfer Grun-
des zu berücksichtigen, und welchen Einfluß hat
dies auf die Trassenführung der A 49?
76. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den Abgeordneten des
Deutschen Bundestages noch vor einer Entscheidung
des Bundesverkehrsministers über die Stilllegung des
Personenverkehrs auf Bundesbahnstrecken so recht-
zeitig Inhalt und Begründung des Stilllegungsantrags
des DB-Vorstands bezüglich der im jeweiligen Wahl-
kreis gelegenen Strecken zur Kenntnis bringen, daß
die Abgeordneten in die Lage versetzt werden, dazu
eine Stellungnahme abzugeben, die bei der Willens-
bildung des Bundesverkehrsministers noch berück-
sichtigt werden kann?
77. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU)
- Was versteht die Bundesregierung im Entwurf des
Zweiten Gesetzes zur Änderung des Güterkraftver-
kehrsgesetzes unter „Angemessenheit“ bei der Ver-
teilung von Genehmigungen für den Güterfernver-
kehr an Neubewerber, Klein-, Mittel- und Groß-
betriebe, und welchen Mengenanteil gedenkt sie als
Maßstab anzulegen?
78. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU)
- Wie will sie Klein- und Mittelbetriebe „finanziell
leistungsfähig“ im Sinne der Richtlinien des Rats
der Europäischen Gemeinschaft vom 12. November
1974 und in diesem Zusammenhang konkurrenz-
fähig gegenüber den Großbetrieben erhalten?
79. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Gibt es bereits gültige Vereinbarungen zwischen den
jeweils zuständigen Behörden der Bundesrepublik
Deutschland und der Schweiz über einen direkten
Anschluß der A 881 an das Schweizer Autobahn-
netz, oder gibt es zur Zeit Verhandlungen, deren
Fortgang soweit fortgeschritten ist, daß mit einem
baldigen Abschluß einer Vereinbarung über einen
direkten Anschluß zu rechnen ist, bzw. bis wann
rechnet die Bundesregierung mit einem solchen
Abschluß?

80. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Mehrkosten im Haushaltsjahr 1978, die dadurch entstehen, daß Dienststellen des Bundes, nachgeordnete Behörden, Zuwendungsempfänger usw. bei Auslandsflügen die Deutsche Lufthansa AG benutzen müssen?
81. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die neuen Planungen für einen Rangierbahnhof in München, die jüngst vom Präsidenten der Bundesbahndirektion München der Öffentlichkeit vorgelegt wurden, und war die Bundesregierung vorher davon unterrichtet?
82. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Präsident der Bundesbahndirektion München diese Pläne der Öffentlichkeit vorgelegt hat, ehe die von der Bundesregierung angekündigte Investitionsrechnung und damit die Überprüfung der Notwendigkeit eines neuen Rangierbahnhofs in München dem Deutschen Bundestag vorliegt?
83. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Einzugsbereich von Autobahnen freiwillige Feuerwehren, um dieser besonderen Situation gerecht zu werden, Anschaffungen an Spezialgeräten machen müssen, für die sie keinerlei Ersatz bei Schadensverursachern oder Zuschüsse bei öffentlichen Stellen beanspruchen können, und wenn ja, ist die Bundesregierung in der Lage und gegebenenfalls bereit, den Ländern Mittel zur Unterstützung dieser Feuerwehren bei den erwähnten Investitionen zur Verfügung zu stellen?
84. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, an den von ihr in Aussicht gestellten Verhandlungen bzw. an den diese vorbereitenden Gesprächen über eine auf europäischer Ebene abzustimmende Ferienterminregelung mit wirklich allen Beteiligten, auch Verkehrsexperten aller im Bundestag vertretenen Parteien, Vertreter sämtlicher Landesverkehrs- und Kultusministerien, Vertreter der Clubs wie ADAC, AVD, ACE, Vertreter sämtlicher europäischer Nachbarländer, große Reiseveranstalter und Reiseorganisationen, Vertreter des Hotelgewerbes und Vertreter der am Verkehr beteiligten Verbände des Personen- und Güterverkehrs zu beteiligen, und wenn nein, ist die Bundesregierung sicher, daß ohne alle diese Teilnehmer eine umfassende Regelung gewährleistet ist?
85. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche Hilfen beabsichtigt die Bundesregierung, zur Verhinderung und Beseitigung der für die Schifffahrt, die Häfen, die Umwelt und die Ansiedler in ihren Folgen gefährliche Versandung des Neckars zwischen Lauffen, Stuttgart und Plochingen einzusetzen?
86. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Mit welchen Hilfen beabsichtigt sich die Bundesregierung an der Beseitigung der Hochwasserschäden in den Häfen Stuttgart und Plochingen, z. B. auch an dem Bau eines Trockenbeckens für Baggergut im Hafen von Stuttgart, zu beteiligen?
87. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Zugbegleiterbahnhof Coburg in der nächsten Zeit aufgelöst werden soll?

88. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Wenn ja, wieviel Arbeitsplätze gehen dadurch verloren, und wo könnten im Coburger Raum die eventuell ihren derzeitigen Arbeitsplatz verlierenden Zugbegleiter und andere Bedienstete einen neuen Arbeitsplatz finden?
89. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, das Fernmeldeanlagen-gesetz dahin gehend zu ändern, daß der Verkauf von genehmigungspflichtigen Fernmeldeanlagen (Funkgeräte) nur bei Vorlage einer entsprechenden Genehmigung der Oberpostdirektion zugelassen werden darf, um ein mißbräuchliches Errichten und Betreiben von Fernmeldeanlagen zu unterbinden?
90. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Ist die einheitliche Anwendung der Grundsätze für die Übertragung von Dienstposten und für die Beförderung der Beamten durch alle Mittel- und Ortsbehörden der Deutschen Bundespost gewährleistet, und ist beabsichtigt, die einheitliche Anwendung in der Praxis zu überwachen?
91. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Sind seit der Einführung der Grundsätze für die Übertragung von Dienstposten bereits Dienstposten an Beamte vergeben worden, die nach diesen Grundsätzen die am besten geeigneten Bewerber gewesen wären, aber einer niedrigeren Besoldungsgruppe als andere Bewerber angehörten?
92. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Treffen Berichte zu, nach denen der Bundesnachrichtendienst einen Teil des Brief- und Telefonverkehrs mit bestimmten Ländern des Ostblocks routinemäßig überprüft, und auf Grund welcher Kriterien und welcher Erkenntnisse werden diese Kontrollen vorgenommen bzw. den Betroffenen mitgeteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

93. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wieviel Prozent der Haushaltungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau wohnberechtigt sind im Sinne des § 5 des Wohnungsbindungsgesetzes?
94. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie groß die Zahl der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland ist, deren Einkommen innerhalb der Grenzen nach § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes liegt?
95. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Vergabebedingungen für die Gewährung der Energiesparzulage zu vereinfachen?
96. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung im einzelnen zu ergreifen, um gleichartige Zuteilungsgrundlagen für Anträge auf Mittel aus dem Energieeinsparungsgesetz in allen Bundesländern zu schaffen, und welche Begrenzungen gedenkt die Bundesregierung vorzuschlagen, wenn das Gesamtvolumen der Anträge die nach dem Gesetz verfügbaren Mittel übersteigt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

97. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der wiederholt und jetzt erneut durch den Parlamentarischen Staatssekretär Höhmann bei der Eröffnung einer Informationsausstellung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen („Die Welt“ vom 27. Oktober 1978, Seite 2) geäußerten Zusicherung, sich der gesamtdeutschen Verpflichtung für das Zonenrandgebiet voll bewußt zu sein, bereit, nun auch für die Arbeitnehmer im Zonenrandgebiet einen besonderen Freibetrag, vergleichbar mit dem von Berlin, einzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

98. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie wird innerhalb der Bundesregierung die Reaktorsicherheitsforschung koordiniert, und aus welchen Gründen verbleibt nach wie vor die Reaktorsicherheitsforschung der Leichtwasserreaktoren im Organisationsbereich des Bundesforschungsministeriums?
99. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Verfügt das Bundesforschungsministerium über wissenschaftliche Gutachten, mit denen die Studie von Richard E. Webb zum nuklearen Explosionspotential des SNR-300 (vom Juni 1977) in ihren Ergebnissen widerlegt werden kann?
100. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Sind von 1977 zu 1976 die Verwaltungskosten für die Projektträger im Bereich der staatlichen Förderung der Datenverarbeitung um 20 v. H. angestiegen, während gleichzeitig die staatlichen Förderungsgelder für die Datenverarbeitung um 12,6 v. H., d. h. von 141,8 Millionen DM auf 129,2 Millionen DM zurückgingen, und wenn ja, welche Erklärung hat der Bundesforschungsminister dafür?
101. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesforschungsminister bereit, entsprechend seinen Ankündigungen, daß die staatliche Förderung der Datenverarbeitung in den kommenden Jahren zurückgehen wird, auch den Verwaltungsaufwand für die Förderung der Datenverarbeitung zu reduzieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

102. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Womit begründet die Bundesregierung die im Einzelplan 31 vorgesehene Verbeamtung von mehr als 100 Mitarbeitern des Bundesinstituts für Berufsbildung?
103. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß durch eine solche Maßnahme der für ein Forschungsinstitut lebenswichtige Erfahrungsaustausch mit der Praxis unnötig behindert wird, und sieht sie nicht auch die Gefahr, daß damit die Reform des beruflichen Bildungswesens ohne ersichtlichen Grund auf Jahrzehnte hinaus institutionalisiert wird?

104. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie sich die Zahl der Studienplätze für naturwissenschaftlich-technische Fächer an deutschen Universitäten, Technischen Hochschulen und Fachhochschulen von 1970 bis 1977 entwickelt hat, und in welchem Umfang das Angebot dieser Studienplätze durch die Studenten genutzt wird?
105. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die längerfristigen Auswirkungen der mangelnden Nachfrage nach naturwissenschaftlich-technischen Studienplätzen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu der Übernachfrage nach geistes- und sozialwissenschaftlichen Studienplätzen, und welchen Einfluß hat nach Ansicht der Bundesregierung für diese Verhältnisse das Bildungsangebot in den höheren Schulen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

106. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welche Projekte fördert die Bundesregierung mit Mitteln der Entwicklungshilfe oder mit sonstigen öffentlichen Mitteln im Jahr 1978 in Afghanistan?
107. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welche Förderungen und sonstige Leistungen sind für das Jahr 1979 zugunsten von Afghanistan vorgesehen?

Bonn, den 24. November 1978